

Auszüge aus dem Forschungsprogramm

Antinomien des demokratischen Friedens

Ihre Verfassung verpflichtet die HSFK, die Ursachen gewaltsamer Konflikte und die Bedingungen des Friedens zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In diesem Kontext werden internationale, gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische sowie kulturelle Konflikte untersucht, Strategien zu deren Bearbeitung und wissenschaftlich begründete Handlungsoptionen für einzelne Politikfelder entworfen, die dazu dienen, Friedensprozesse zu fördern und der gewaltsamen Austragung von Konflikten entgegenzuwirken. Ihr auf mehrere Jahre angelegtes Forschungsprogramm „Antinomien des demokratischen Friedens“ wird durch eine zentrale Frage der akademischen Debatte angeleitet und strukturiert. Es ist auf friedenswissenschaftliche Theoriebildung ausgerichtet. Die HSFK bringt ihre Forschungsergebnisse in die akademische Debatte ein und stellt sie der Politik und der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Wissenschaftliche Praxis – praktische Wissenschaft

Um die Friedensfähigkeit und Handlungskompetenz von politischen und gesellschaftlichen Institutionen, sozialen Gruppen und Individuen zu erhöhen, bedarf es eines engen Kontakts und Austausches zwischen der Wissenschaft und der politischen Praxis. Dabei geht es nicht nur um die Prüfung der Praktikabilität wissenschaftlich erarbeiteter Handlungsoptionen. Vielmehr liefern der ständige Dialog und die laufende Beobachtung wertvolles empirisches Material für zeitnahe Untersuchungen, die sowohl für die Politikberatung als auch für die theoretische Aufgabenstellung der Friedensforschung unerlässlich sind. Es ist ein fester Bestandteil des Forschungsprogramms, diese Rückkoppelung zwischen Wissenschaft und Praxis durch kritische Selbstbeobachtung zu systematisieren und zu optimieren. Daraus folgt aber auch, dass die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der HSFK eine höhere Spezialisierung und Professionalisierung auf den relevanten Forschungs- und Handlungsfeldern aufweisen müssen, als dies im akademischen Lehr- und Forschungsbetrieb der Universitäten gefordert und möglich ist.

Friedens- und Konfliktforschung kann heute nicht als Domäne einer einzelnen Disziplin betrieben werden, sondern bedarf des Beitrags unterschiedlicher wissenschaftlicher Fachrichtungen. Zwar stehen politikwissenschaftliche Fragestellungen im Vordergrund, doch ist es für die Theorie und Praxeologie des Friedens unverzichtbar, den Ertrag theoretischer und methodischer Ansätze aus anderen Disziplinen zu berücksichtigen. Das schließt den pluralistischen Wettbewerb zwischen verschiedenen wissenschaftstheoretischen und methodischen Ansätzen ein. Um die Interdisziplinarität auf eine stabile Grundlage zu stellen, integriert sie nach Möglichkeit deren inhaltliche Perspektiven auch personell. Darüber hinaus bietet ein außeruniversitäres Institut der interdisziplinären Arbeit besonders günstige Bedingungen.

Planung, Organisation und Durchführung der Forschung folgen der doppelten wissenschaftlichen Aufgabenstellung des Instituts, das sowohl zur Grundlagenforschung als auch zur angewandten Forschung beitragen will. Die praktische Dimension schlägt sich in der politikbegleitenden Forschung nieder. Sie bestimmt die Felder der Politikbeobachtung durch die Forschungsgruppen, da deren Bearbeitung eine Detailexpertise erfordert, die nur über längere Zeit und im kontinuier-

lichen Kontakt mit der politischen Praxis erworben werden kann. Die theoretische Aufgabenstellung leitet hingegen die jeweils zeitlich befristete Projektarbeit in den Forschungsgruppen an und bestimmt die gruppenübergreifende Kooperation in Arbeitsgruppen. Forschungsprojekte werden im Rahmen des für das gesamte Institut verbindlichen Forschungsprogramms definiert und sollen aus den unterschiedlichen Perspektiven der Gruppen die im Programm aufgeworfenen Fragen beantworten helfen.

Das Forschungsprogramm

Mit der Einrichtung des Forschungsprogramms „Antinomien des demokratischen Friedens“ wird die Arbeit der Forschungsgruppen des Instituts auf eine gemeinsame Fragestellung gerichtet. Dass demokratisch verfasste Staaten gegeneinander kaum oder keine Kriege führen, zählt zu den wenigen unstrittigen empirischen Befunden der mit den Fragen von Krieg und Frieden befassten Wissenschaften. Die Erhebung, Auswertung und Interpretation von Daten zu diesem Thema hat in den letzten 15 Jahren zu einer lebhaften Diskussion und zur Entwicklung einer in mehreren Varianten vorliegenden Theorie vom „demokratischen Frieden“ geführt. Zu dieser Debatte will das Forschungsprogramm der HSFK einen umfassenden und unverwechselbaren Beitrag leisten.

Bisher war die Diskussion über das Verhältnis von Demokratie und Frieden vor allem darauf angelegt, die Theorie durch empirische Tests zu „bestätigen“ oder zu „widerlegen“. Dabei fanden wesentliche Probleme und Widersprüche selten Berücksichtigung. „Demokratie“ und „Frieden“ haben jedoch zwei Seiten: Einerseits stellen beide ein normatives Ziel dar, das sich der Kontroverse entzieht. Andererseits stehen sie aber auch für eine Praxis, die Gegenstand heftiger Kontroversen sein kann und muss. Beide Aspekte bedingen einander, wenngleich auf ungeklärte Weise. Klarheit in die Verwirrungen zu bringen, ist Leitmotiv des Forschungsprogramms.

Das hier beschriebene Spannungsverhältnis manifestiert sich in den Antinomien des demokratischen Friedens. Während etwa demokratisch verfasste Staaten untereinander auf die Androhung und Anwendung von Gewalt weitgehend verzichten, gilt dies keineswegs gegenüber Staaten mit anderen Herrschaftssystemen. Das Gewalt- und Rüstungsverhalten der Demokratien variiert auffällig zwischen den jeweiligen Adressaten, und es hat den Anschein, als stelle die „demokratische Friedlosigkeit“ gegenüber nichtdemokratisch verfassten Staaten die Kehrseite des „demokratischen Friedens“ dar.

Ein weiteres auffallendes Phänomen ist die Janusköpfigkeit der Demokratisierung. Ohne Demokratisierung ist Demokratie nicht vorstellbar, und insofern dient sie dem Frieden. Andererseits waren Demokratisierungsprozesse aus den unterschiedlichsten Gründen von Gewalt begleitet oder haben diese ausgelöst. Dies hat wiederholt die Entwicklungschancen der Demokratie gefährdet.

Schließlich ist auch vor dem Horizont der Theorien, die den gesellschaftlichen und politischen Wandel der Neuzeit deuten, nach dem Verhältnis zwischen Demokratie und Frieden zu fragen. In der Tradition der Aufklärung liegt dem Forschungsprogramm die Vorstellung zugrunde, dass ein allgemeiner Frieden möglich und vernünftig ist. Als „kontinuierliche Annäherung“ (Kant) oder als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit (Czempiel) verstanden, ist Frieden als gerichteter Wandel zu verstehen, dessen Inhalte sich mit der Geschichte selbst progressiv verändern.

Der Prozess der internationalen Organisation und Regimebildung, der im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einsetzte und heute praktisch alle Bereiche von öffentlichem Interesse umfasst, unterstreicht dies. Aber damit ist nur eine Dimension des Wandels erfasst. Dem entgegen stehen Nationalismus und Chauvinismus im ausgehenden 19. sowie die Weltkriege, Faschismus und Völkermord im 20. Jahrhundert, die den genannten Wandel bis zur Unkenntlichkeit entstellt und dem Fortschrittsdenken immer wieder den Boden entzogen haben. Zugleich gaben gerade die Kataklysmen der Idee einer Weltordnung ohne Krieg stets neuen Auftrieb. Diese Widersprüchlichkeit des Wandels wirft die grundsätzliche Frage auf, ob es sich um zwar wiederkehrende, aber begrenzte Unterbrechungen des zivilisatorischen Prozesses handelt oder ob der Annahme eines gerichteten Wandels zu widersprechen ist.

Verdeutlichen lässt sich dies am Verhältnis zwischen Demokratie und Nationalismus, die in ihrem mobilisierenden wie destruktiven Potential nicht nur aktuell (etwa in den Demokratisierungsprozessen einiger europäischer Transformationsländer), sondern auch genealogisch miteinander verbunden sind. Es ist angesichts der Vielzahl empirischer Beispiele eine für die Friedensforschung zentrale Frage, warum die Idee der (demokratischen wie nationalen) Selbstbestimmung in der Praxis gleichermaßen der Emanzipation wie der Exklusion, der Versöhnung wie der Vernichtung dient.

Gleiches gilt für das Verhältnis von Demokratie und Marktwirtschaft. Beide haben sich als die gegenwärtig effizientesten Formen organisierter menschlicher Aktivitäten etabliert: Demokratie zur Organisation von Herrschaft, Marktwirtschaft zur Produktion von Wohlfahrt. Gleichwohl ist das Verhältnis zwischen ihnen alles andere als widerspruchsfrei, denn während die Demokratie formale Gleichheit garantieren muss, produziert die Marktwirtschaft materielle Ungleichheit und droht damit die Fundamente der Demokratie zu untergraben. Das verweist unter dem Stichwort der Globalisierung auf die Stabilitätsbedingungen „reifer“ Demokratien in ökonomischen Umbruchphasen. Massiver Anpassungsdruck kann auch die Absorptionsfähigkeit etablierter demokratischer Systeme überfordern und damit die Stabilität jener politischen Formationen gefährden, von denen die Tragfähigkeit des demokratischen Friedens abhängt.

Diese Widersprüche im Verhältnis zwischen Demokratie und Frieden finden in unserem Forschungsprogramm in doppelter Hinsicht Berücksichtigung. Zum einen hinterfragen wir ein Geschichtsverständnis, das den gemeinsamen Vormarsch von Demokratie und Frieden als Prozess natürlicher, notwendiger und irreversibler Evolution unterstellt. Die Widersprüche, Kontingenzen und Gefahren in diesem Prozess gilt es ebenso sichtbar zu machen wie die Stabilitätsrisiken, die auch für die etablierten Demokratien und ihr Verhältnis untereinander gelten. Zum anderen gehen wir davon aus, dass der geschichtliche Prozess offen und an eine stets störungs- und irrtumsanfällige Praxis gebunden bleibt. Das steht Vorstellungen entgegen, wonach Demokratisierung und Friedenskonsolidierung lediglich als „Geburtshilfe“ für einen unvermeidlichen geschichtlichen Prozess fungieren. Von dort ist die Folgerung nicht weit, ein solcher Vollzug der Geschichte rechtfertigt die Anwendung aller Mittel. Es geht jedoch darum, die kontraintuitiven Folgen des friedenspolitischen Instrumentariums antizipierend aufzuhellen und Handlungsstrategien zu entwerfen, die derartige Dilemmata vermeiden helfen.

Offene Fragen in der Theorie des demokratischen Friedens

Nach wie vor umstritten ist die Frage, ob Demokratien generell weniger Bereitschaft zum Krieg zeigen als Nichtdemokratien oder ob sich die Präferenz für friedliche Konfliktbeilegung nur im Verhältnis zu anderen Demokratien äußert, was gegenwärtig herrschende Meinung ist. Darüber hinaus gilt es zu klären, ob Demokratien und Nichtdemokratien sich dichotomisch klassifizieren lassen oder ob die Kriegsabneigung kontinuierlich mit dem Grad an Demokratisierung zunimmt. Doch hat die Erforschung der Faktoren und Prozesse, die von der spezifischen Beziehung zwischen Gesellschaft und politischem System zum für Demokratien charakteristischen Außenverhalten führen, bislang zu keinem eindeutigen Ergebnis geführt. Als mögliche Ursachen hierfür sind die utilitaristischen Kalkulationen der Staatsbürger, das kriegshemmende institutionelle Gefüge sowie normative Orientierungen genannt worden. Ob diese unabhängig voneinander oder nur synergetisch wirken, ist jedoch unklar.

Eine Reihe von Faktoren ist bislang kaum oder überhaupt nicht systematisch thematisiert worden. So ist die wichtige, durch die jüngere Entwicklung – namentlich im Verhältnis zu so genannten rogue states – zugespitzte Frage unterbelichtet, ob es in demokratisch verfassten Staaten spezifische Faktoren gibt, die deren Gewaltneigung gegenüber Nichtdemokratien steigern („demokratische Friedlosigkeit“). Demokratien sind schließlich offen für die Einwirkung ökonomischer und gesellschaftlicher Interessengruppen oder für Zwänge, die dann entstehen, wenn maßgebliche Kräfte verlangen, dass normative, Konsens beanspruchende Orientierungen die Politik auch anleiten, etwa im Umgang mit repressiven Diktaturen. Auch bleiben historische und kulturelle Unterschiede, Machtasymmetrien sowie Hegemonial- und Abhängigkeitspositionen unter den Demokratien unberücksichtigt.

Und schließlich bedarf die wichtige Frage einer wissenschaftlichen Antwort, ob das Verhalten von Demokratien langfristig konstant bleibt. Tatsächlich lässt bereits eine kursorische diachrone und synchrone Betrachtung zwischen Demokratien markante Unterschiede in der Kriegsneigung, im Rüstungswachstum sowie in ihrer Kooperations- und Integrationsbereitschaft erkennen.

Das magische Dreieck:

Demokratie, Interdependenz und Internationale Organisation

In seiner klassischen Formulierung der Theorie des „demokratischen Friedens“ nannte Immanuel Kant neben der demokratischen Verfassung zwei weitere Pfeiler einer internationalen Friedensordnung: die wirtschaftlich-gesellschaftliche Verflechtung zwischen den Staaten sowie die Verrechtlichung ihrer Beziehungen bis hin zur Internationalen Organisation, die der friedlichen Konfliktschlichtung dienen werde (weltbürgerliche Verfassung).

Strittig ist indes, wie dauerhaft die Bereitschaft der Demokratien zur Verflechtung und Verrechtlichung ihrer Beziehungen ist, wovon diese Bereitschaft im Einzelfall abhängt und ob es überhaupt einen jeweils spezifischen Beitrag dieser beiden Faktoren zum Frieden gibt. Ferner blieb bereits bei Kant undeutlich, ob diese „Friedensursachen“ unabhängig voneinander oder nur im Kontext der Kooperation demokratisch verfasster Staaten wirken. Auch diese Frage ist bis heute nicht geklärt, obgleich die Forschung über internationale Regime Hinweise darauf gibt, dass eine längerfristige institutionalisierte Kooperation zwischen demokratischen

und nichtdemokratischen Staaten zumindest möglich ist. Wirken diese Faktoren tatsächlich unabhängig voneinander, so ist Frieden auch in einer auf längere Sicht politisch heterogenen Welt denkbar. Entfalten die friedensstiftenden Faktoren ihre Wirkung dagegen nur unter demokratischen Staaten, dann bleibt die „Friedensregion“ nolens volens auf diese beschränkt. Die unterschiedlichen Konsequenzen, die daraus für wissenschaftlich angeleitete außenpolitische Empfehlungen folgen, sind evident.

Das Risiko der Demokratisierung

Die empirische Forschung zur Transition von nichtdemokratischen zu demokratisch verfassten Systemen hat ergeben, dass diese Übergänge von besonderen Gewalttrisiken gekennzeichnet sind. Diese Risiken betreffen sowohl das Innere der Gesellschaften als auch das Verhalten nach außen und damit die Neigung zur Kriegführung. Die angebotenen Erklärungen umfassen gesellschaftsstrukturelle Faktoren, etwa starke Fragmentierungen, institutionelle Schwächen, militante Mobilisierungsstrategien, Machterhaltungs- und Diversionsinteressen der politischen und gesellschaftlichen Eliten sowie externe Bedingungen, die den Demokratisierungsprozess fördern oder behindern.

Welche Konstellationen im Einzelnen das Gewaltniveau beeinflussen, ist nicht hinreichend geklärt. Insbesondere das Zusammenwirken von strukturellen Bedingungen, Handlungsstrategien der Eliten und externer Umgebung bedarf dringend einer weiteren Erörterung. Das gilt auch unter politisch-praktischen Gesichtspunkten: Prinzipiell verspricht die wachsende Zahl von Demokratien im Sinne der Theorie vom demokratischen Frieden eine Verminderung des Kriegsrisikos in den internationalen Beziehungen sowie ein Absinken des internen Gewaltniveaus. Wenn jedoch der Übergang mit besonderen Gewalttrisiken behaftet ist, so ist bei der Unterstützung von Demokratisierungsprozessen das Wissen darüber unverzichtbar, welche Faktoren zu dem genannten Risiko beitragen, mit welchen Mitteln ihre Wirkung vermindert und wie die Konsolidierung der Demokratie beschleunigt werden kann.

Dilemmata bei der Demokratisierung der internationalen Beziehungen

Dass die Anwendung demokratischer Prinzipien auf die internationalen Beziehungen eine friedensstiftende Wirkung ausübt, gründet sich auf die Annahme, wonach die Einführung herrschaftlicher statt rein machtbezogener Elemente in die zwischenstaatlichen Beziehungen die Akzeptanz von Entscheidungen steigern und somit die Bereitschaft vermindern könne, eigene Interessen gewaltsam durchsetzen zu wollen.

Keines der dafür angebotenen Modelle ist freilich bislang befriedigend begründet worden. Auf die „Staatengesellschaft“ abhebende Überlegungen fordern gleiche Partizipationsrechte für alle Staaten, stoßen aber auf das Gegenargument, dass die numerisch gleiche Repräsentation höchst unterschiedlicher Bevölkerungen dem demokratischen Gedanken widerspreche. Wer dagegen eine Repräsentation proportional zur Bevölkerungszahl vorschlägt, trifft auf die Schwierigkeit, dass einige der bevölkerungsreichsten Staaten undemokratisch verfasst sind, sodass sie ihre Bürger zwar völkerrechtlich, nicht jedoch demokratisch legitimiert vertreten können.

Aus dem Konzept der „Zivilgesellschaft“ abgeleitete Vorschläge zielen darauf, Nichtregierungsorganisationen gleichsam stellvertretend als gesellschaftliche Repräsentanten zu betrachten, sehen sich aber mit dem Problem der mangelnden

demokratischen Legitimation dieser Gruppen konfrontiert. Schließlich ist grundsätzlich die Frage aufzuwerfen, ob die erhoffte Friedenswirkung einer Demokratisierung der internationalen Beziehungen lediglich durch partizipatorische Verfahren zu erreichen ist oder ob bindende Entscheidungen auf internationaler Ebene nicht eine weitaus stärkere normative Integration in der Staatengemeinschaft und/oder der Weltgesellschaft voraussetzen.

Die Bedeutung dieses Problemkreises für die Friedensfähigkeit von Demokratien wird durch die schleichende Entdemokratisierung verstärkt, die sich aus der Verlagerung von Entscheidungen auf demokratisch nicht legitimierte oder kontrollierte supranationale Organe ergibt. Der von ihnen ausgehende Harmonisierungsdruck birgt seinerseits ein massives Konfliktpotential.